

## Vergütungsvereinbarung

zwischen

Arndt & Urban Rechtsanwälte u. Steuerberatung PartG (AG Rostock PR 86) bzw. – bei Einzelbeauftragung –  
deren Partnern und angestellten Rechtsanwälten

- Kanzlei -

und

- Mandant -

1. Für die anwaltliche Tätigkeit der Kanzlei in der Angelegenheit

sowie für alle damit in Zusammenhang stehenden Angelegenheiten, ob gerichtlicher oder nichtgerichtlicher Art, wird  
anstelle der gesetzlichen Gebühren ein Pauschalhonorar von

\_\_\_\_\_ EUR netto (in Worten: Euro netto \_\_\_\_\_)

vereinbart, fällig nach Rechnungslegung. Die Kanzlei kann jederzeit Vorschüsse bis zur Höhe der voraussichtlich zu erwartenden  
Gesamtvergütung fordern

2. Wenn in einem gerichtlichen Verfahren die sich auf der Basis des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes berechnete Vergütung  
höher ist als die vorstehend vereinbarte Vergütung, ist die gesetzliche Vergütung geschuldet. Erstreckt sich der Rechtsstreit  
über mehrere Instanzen oder Verfahrensabschnitte (z.B. Nichtzulassungsbeschwerde), so werden die einzelnen Instanzen und  
Verfahrensabschnitte gesondert erfasst und als eigenständige Abrechnungseinheiten abgerechnet.

3. Alle Auslagen wie Mehrwertsteuer, Reisekosten, Tagegelder, Abwesenheitsgelder und Schreibauslagen sind daneben  
gesondert zu bezahlen. Zu erstatten sind insbesondere auch die Kosten der zur Rechtsverfolgung erforderlichen oder  
sinnvollen Beauftragung von ausländischen und inländischen Korrespondenzanwälten, die in Absprache mit dem Mandanten  
eingeschaltet werden.

4. Die Kostenerstattungsansprüche und andere Ansprüche des Mandanten gegenüber dem Gegner, der Justizkasse oder  
sonstigen erstattungspflichtigen Dritten werden in Höhe der Honoraransprüche der Kanzlei an diese abgetreten mit der  
Ermächtigung, die Abtretung im Namen des Auftraggebers dem Erstattungspflichtigen mitzuteilen. Die Kanzlei nimmt die  
vorstehende Abtretung hiermit an.

5. Der Mandant wird als Auftraggeber darauf hingewiesen, dass die von der Rechtsschutzversicherung geschuldete Vergütung  
auf die gesetzliche Vergütung nach dem RVG begrenzt ist. Die vorliegend vereinbarte Vergütung kann darüber hinausgehen,  
so dass der die gesetzliche Vergütung übersteigende Betrag nicht von der Rechtsschutzversicherung und auch nicht im  
Obsiegsfall vom Gegner getragen wird. Der Auftraggeber wird weiter darauf hingewiesen, dass eine  
Rechtsschutzversicherung in Abhängigkeit vom individuellen Versicherungsvertrag verschiedene Risiken nicht abdeckt. Ob  
und inwieweit die Rechtsschutzversicherung Zahlungen leistet, ist rechtlich und tatsächlich das Risiko des Mandanten. Der  
Auftraggeber wird zudem darauf hingewiesen, dass die gegnerische Partei, ein Verfahrensbeteiligter oder die Staatskasse im  
Falle der Kostenerstattung regelmäßig nicht mehr als die gesetzliche Vergütung erstatten muss

6. Mit der Beendigung der Tätigkeit der Kanzlei, gleich aus welchem Grund, ist das Gesamthonorar oder, soweit ein Vorschuss  
geleistet wurde, der Restbetrag des Gesamthonorars fällig.

(Ort, Datum, Unterschrift Mandant)

(Ort, Datum, Unterschrift Kanzlei)